

Rede zur Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz, 28.1.2019, Mahntafel, ehemals Stadtgesundheitsamt, Braubachstraße

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,

Wir treffen uns heute anlässlich des 74. Jahrestages der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz durch die Rote Armee – gleichzeitig endete vor 75 Jahren die Belagerung Leningrads, die ca. 800000 Einwohner der Stadt das Leben kostete.

In Auschwitz wurden Roma, Sinti und Juden massenhaft und systematisch ermordet. Die vermeintliche Kulturnation Deutschland und die regierenden Nazis hatten sich zum Ziel gesetzt, alle Juden, alle Roma und Sinti zu vernichten - geplant, umgesetzt in geübter Perfektion und geteilt von der erschlagenden deutschen Mehrheit. Das ist die Erkenntnis aus Auschwitz, aus der die Verpflichtung für das Engagement gegen Antisemitismus und Antiziganismus und die unverzichtbare Konfrontation, wie Fritz Bauer es formulierte, resultiert.

Diese Konsequenz sollte nicht vergessen werden, in Zeiten der ständigen Missachtung der Opfer und ihrer Kindeskiner. Auschwitz und die umfängliche Tötungsmaschinerie der Nazis zu relativieren bedeutet, das singuläre Menschheitsverbrechen letzten Endes zu leugnen. Die Logik zielt auf die Ignoranz gegenüber der historischen Verantwortung und ebnet den Weg hin zur Verdrehung, die aus Opfern schließlich Täter macht. Diese Einstellung durchdringt - offen oder verdeckt - immer das rassistische und antisemitische Ressentiment und die praktische Gewalt gegenüber Roma und Sinti und Juden.

Auschwitz wird in den Augen vieler zur überflüssigen Beschäftigung oder dient zur sogenannten Aufarbeitungsaufforderung – als könnte man das, was geschah, wie ein Unfall erledigen. Die Absicht dahinter ist offensichtlich. Es soll reiner Tisch gemacht werden, damit nicht die alltägliche Gewalt im bekannten geschichtlichen Kontext erscheint. Wie anders ist zu erklären, dass 74 Jahre nach der Befreiung über 2/3 der Bevölkerung immer noch der Ansicht ist, Roma und Sinti sind kriminell und sollten aus dem Stadtbild verschwinden. Eine Meinung, die einher geht mit der Ablehnung von Muslimen und dem tief verwurzelten Hass gegenüber Juden.

„Alle europäischen Roma und Sinti sind von den Nationalsozialisten aus rassistischen Gründen – vom Kleinkind bis zum Greis – verfolgt worden. Eine halbe Million unserer Menschen sind systematisch in den 40er Jahren ermordet worden. Wie Nachkommen der Verfolgten heute zum Teil behandelt werden, ist an geschichtlicher Verantwortungslosigkeit und Ungerechtigkeit kaum zu überbieten“, stellte Adam Strauss, Vorsitzender des hessischen Landesverband der deutschen Sinti und Roma, fest. Konkret bedeutet das, ein Kontext zu dem KZ Jasenovac in Kroatien, zum KZ Lety in Tschechien oder zur Deportation und Ermordung von tausenden Roma in Transnistrien wird nicht hergestellt.

Die kritische Auseinandersetzung mit Auschwitz, als Tötungsstätte und als Symbol, würde das Ergebnis der aktuellen Mitte-Studie nicht ermöglichen. Antisemitismus und Antiziganismus können sich nicht entwickeln und für die Betroffenen zunehmend gefährlicher äußern, ohne die kultivierte Verdrängung oder die Umdeutung von Auschwitz.

Was hat sich seit unserem letzten Treffen vor einem Jahr getan.

Weiterhin werden massenhaft Roma - Kinder, Alte, Kranke - in die Republiken des ehemaligen Jugoslawiens, d. h. in Perspektivlosigkeit, Armut und Verfolgung, abgeschoben.

Eine Aufklärung der Brandanschläge auf Roma von 2016 gibt es nicht. Die Ermittlungen sind im Sande verlaufen.

Juden werden in der Öffentlichkeit angegriffen und verunglimpft.

Die Einschätzung, die viele von uns längst hatten, nämlich dass der Polizeiapparat überproportional politisch rechts positioniert ist, bewahrheitet sich im Rahmen der Untersuchung wegen Todesdrohungen gegen die Frankfurter Rechtsanwältin Basay-Yildiz und ihre Tochter. Es offenbart sich, dass die Verschickung der Briefe eng mit Aktivitäten von BeamtInnen des 1. Reviere in Frankfurt zu tun hat. Und je eingehender man nachfragt, desto offensichtlicher wird, dass es ein neonazistisches Netzwerk in der Exekutive gibt. Der widerliche Inhalt der beiden Drohungen steht für das Gedankengut, d. h. für die Überzeugung der involvierten Polizisten.

Die Brache, auf der obdachlose Roma eigenbestimmt lebten, wurde im Juni erneut geräumt, weil nicht alleine die Versagung von öffentlicher Hilfe ausreicht, es muss darüber hinaus auch die Struktur der Selbsthilfe zerstört werden. Verstärkt wird nunmehr Kontrolle im öffentlichen Raum durchgeführt, Barverwarnungen ausgesprochen, es erfolgten unrechtmäßig stigmatisierende Sichtvermerke in Pässen und es wird geprüft, ob nicht die Ausweisung der EU-Bürger, d. h. vieler Roma, die im Elend leben, umgesetzt werden kann.

Ausgrenzung und strukturelle Gewalt gegenüber Roma nehmen zu. Der Verelendung wird mit ordnungsliebender Hilfeversagung begegnet. Die Restriktionen in der Gesetzgebung funktionieren perfekt und werden mit Eifer ausgeführt. Die Fälle von Diskriminierung häufen sich. Sie werden unverschämter und offener, weil in der Regel Beleidigungen und Entwürdigungen ungeahndet bleiben. Die Mühen der Opfer und ihrer UnterstützerInnen, dagegen vorzugehen, sind ungleich aufwendiger als die alltägliche Denunziation.

Liebe Freunde und Freundinnen, heute ist der Tag der Befreiung von Auschwitz, also ein Tag des Sieges. Daran zu erinnern, verschafft den wenigen Überlebenden und ihren Kindeskindern zumindest Genugtuung. Dies wird von vielen geäußert, trotz der genauen Wahrnehmung, dass Ablehnung und die Angst davor zunehmen – eine Angst, die konkret und bekannt ist und die seit Generationen in den Familien existiert.

Ich möchte anlässlich des heutigen Gedenkens nochmals kurz den Weg skizzieren, der nach Auschwitz führte.

Bereits in den 20iger Jahren wurde durch Wilhelm Leuschner, dem damaligen hessischen Innenminister, das „Gesetz zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens“, das später den Nazis als Vorlage für ihre rassistische Gesetzgebung gegenüber Roma und Sinti diente, auf den Weg gebracht. Schon 1929 gab es ein Lager für Roma und Sinti in der Friedberger Landstraße.

Die Vorstufe zur Vernichtung wurde durch die Erfassung aller im deutschen Reich lebenden Roma und Sinti geschaffen. Robert Ritter, Leiter der „Rassenhygienischen und bevölkerungsbiologischen Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes Berlin“ und seine enge Mitarbeiter Eva Justin waren hierfür maßgeblich verantwortlich. Ihre sogenannten „rassenbiologischen“ Untersuchungen registrierten minutiös über 20.000 deutsche Roma und Sinti. Sie leisteten damit die Voraussetzung für die spätere fabrikmäßige Vernichtung.

Im Stadtgesundheitsamt Ffm. befand sich das Erbarchiv, das nunmehr im Institut für Stadtgeschichte ist. Es diente zur Erfassung und Kategorisierung von Menschen gemäß den Kriterien „Fremdrassig, Jude, Zigeuner“. Das Amt kooperierte eng mit dem Reichssicherheits-hauptamt, d. h. der „Dienststelle für Zigeunerfragen“, der Frankfurter Kriminalpolizei, dem Reichsgesundheitsamt, den Meldestellen und Standesämtern. Es bereitete so die Einweisung in die Psychiatrie vor, begleitete Verfahren beim Erbgesundheitsgericht und entschied bei Zwangssterilisationen. Stadtverwaltung, Universität, Justiz Polizei, Kirche, die Bevölkerung, die politischen Parteien und die gesamte Öffentlichkeit beteiligten sich im Nationalsozialismus an der Erfassung, Denunziation, der Inhaftierung und Deportation in die Lager.

Im Dezember 1938 ordnete Himmler die Erfassung alle Roma und Sinti im deutschen Reich an. Im gleichen Jahre fand die Pogromnacht statt, ein Signal für die Bevölkerung, der Gewalt gegen Juden ungehemmt Lauf zu lassen. Juden und Roma wurden ab September 1939 nach

Polen deportiert und durch den Festsetzungserlass einen Monat später gezwungen, sich in ihren Wohnungen zum Transport bereit zu halten. Schon ab Mai 1940 fanden Massendeportationen statt und bereits 1942 stand fest, dass Juden, Roma und Sinti vernichtet werden sollen. Die Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 stellte den Höhepunkt der Vernichtung der Roma und Sinti in Auschwitz dar. In dieser Nacht wurden knapp 3000 Menschen vergast, nachdem sie sich drei Monate vorher organisiert und bewaffnet erfolgreich dagegen gewehrt haben.

1947 wurde Robert Ritter von Sozialdezernent Prestel als Stadtarzt und Leiter der Jugendsichtungsstelle für Gemüts- und Nervenranke und der Jugendpsychiatrie nach Frankfurt gerufen. Prestel war seit 1937 verantwortlich für die Konzentrationslager für Roma und Sinti in der Krupp- und Dieselstraße. Auch Personaldezernent Menzer stand hinter der Anstellung. Ritter starb 1951. Verfahren auf Initiative von Roma und Sinti gegen Justin blieben erfolglos. Erst Anfang der 60er Jahre wurden die Verbrechen beider aufgrund von Veröffentlichungen in Quick, Spiegel und Stern und dem Engagement des Journalisten Valentin Senger wieder öffentlich diskutiert, Justin jedoch nicht verurteilt. Lediglich ihre Arbeitsstelle wurde auf den Bonameser Standplatz, wo auch Roma und Sinti lebten, verlegt. Sie erforschte dort erneut deren soziale Situation und war danach im Universitätsklinikum Ffm. tätig. Justin starb 1966 in Offenbach.

Liebe Gäste, der Förderverein Roma hat letztes Jahr das Grab von Hans Georg Böttcher, dem Vorsitzenden der Roma-Union, gestaltet. Es ist nunmehr mit vier weiteren Gräbern ein Gedenkort auf dem Frankfurter Hauptfriedhof.

Unsere Beratung und auch alle anderen Arbeitsbereiche setzen sich mehr denn je gegen Diskriminierung ein. Im Juni dieses Jahres werden wir wieder ein Beratungsbüro im Bahnhofsviertel eröffnen. Im November findet in Kooperation mit der FH Frankfurt ein Fachtag zum Thema Antiziganismus statt, der im Rahmen eines Lehrauftrags über zwei Semester vor- und nachbereitet wird.

Vielen Dank.

Gedenkminute

Joachim Brenner
Förderverein Roma